

movum

Klimawandel

THEORIE:

KLIMASCHUTZ:

GENERATIONENVERTRAG MIT GEWINN

von Peter Hennicke

PRAXIS:

„KLIMAFLÜCHTLINGE HABEN KEINE RECHTE“

Interview mit José Riera, UNHCR

GRAFIK:

MEIN KLIMAWANDEL

"Maman" heißt diese neun Meter hohe Spinnenskulptur der Künstlerin Louise Bourgeois, die ihre Ängste verkörpert und auch auf der Klimakonferenz 2012 in Doha zu sehen war.



Das Jahrbuch Ökologie

Das Jahrbuch Ökologie erscheint seit 1992, aktuell herausgegeben von den Stiftern der Deutschen Umweltstiftung Heike Leitschuh, Gerd Michelsen, Udo E. Simonis, Jörg Sommer und Ernst Ulrich von Weizsäcker und begleitet von zahlreichen Institutionen und einem wissenschaftlichen Beirat. Diese Konstruktion sichert eine gleichbleibend hohe Qualität und entsprechende gesellschaftliche Beachtung der Beiträge. In den 20 Jahren seiner Existenz ist das Jahrbuch Ökologie so etwas wie ein „Seismograf in der Ökologiebewegung Deutschlands“ geworden, wie das Umweltbundesamt schreibt. Das Jahrbuch Ökologie ist ein referiertes, sorgsam ediertes und gut verständliches Sachbuch, das gleichermaßen hohen wissenschaftlichen Ansprüchen genügt und wertvolle Anregungen für die Praxis bietet.

Informationen und Bestellung:
www.jahrbuch-oekologie.de



Der AKW-Gefährdungsatlas

In der aktuellen 3. Auflage zeigt der AKW-Gefährdungsatlas der Deutschen Umweltstiftung die Standorte und Einzugsgebiete der deutschen und grenznahen ausländischen Atomkraftwerke sowie weiterer kerntechnischer Anlagen und ihre jeweiligen Gefahrenzonen für die angrenzende Bevölkerung. Eine Bildschirmversion des AKW-Gefährdungsatlas, eine Übersicht über die Datenquellen und umfangreiche Tabellen mit den gefährdeten Orten im Einzugsbereich einzelner AKWs gibt es kostenlos im Internet.

Download:
www.akw-atlas.de



Umweltbuch des Jahres

Seit über 20 Jahren prämiert die Deutsche Umweltstiftung regelmäßig herausragende Bücher zu ökologischen Themen. Wenig beachtete, aber wichtige wissenschaftliche Werke werden ebenso berücksichtigt wie einflussreiche populäre Sachbücher und Belletristik. Neben monatlichen Preisträgern, die ausführlich rezensiert werden, wählt im Herbst jedes Jahres eine unabhängige Jury das „Umweltbuch des Jahres“. Aktuelle Preisträger sind „Lonesome George“ von Lothar Frenz und der Sammelband „Naturschutz in Deutschland“.

Die Projektseite:
www.umweltbuchpreis.de



EcoCrowd – die nachhaltige Crowdfunding-Plattform

Welches Potenzial entsteht, wenn man die Menschen, die sich in Deutschland für eine nachhaltige Zukunft engagieren, an einem Ort zusammenbringt und ihre nachhaltigen Projekte für alle erlebbar und partizipationsfähig macht? Mit diesem Leitgedanken hat die Deutsche Umweltstiftung EcoCrowd ins Leben gerufen – Deutschlands Crowdfunding-Plattform für nachhaltige Projekte und eine starke Community für Nachhaltigkeit. Projekte, die auf EcoCrowd Finanzierung sammeln, werden von der Deutschen Umweltstiftung anhand eigens entwickelter Kriterien geprüft und persönlich beraten. Durch den Austausch mit der Crowd können sie nicht nur finanziert, sondern auch weiterentwickelt werden. So entstehen kontinuierlich neue Ideen und Nachhaltigkeit wird erlebbar.

Die Projektseite:
www.ecocrowd.de



DEUTSCHE UMWELTSTIFTUNG – HOFFNUNG DURCH HANDELN

„Hoffnung durch Handeln“ – dies ist das Motto der 1982 von über 300 engagierten Bürgerinnen und Bürgern gegründeten Deutschen Umweltstiftung. Die Deutsche Umweltstiftung ist ungebunden, politisch und wirtschaftlich unabhängig. Hinter der Stiftung stehen aktuell über 2.000 Stifterinnen und Stifter. Damit ist sie

nach Zahl der sie tragenden Personen die größte – und übrigens auch älteste – deutsche Bürgerstiftung. Wir schützen die Umwelt, indem wir an die Verantwortung jedes Einzelnen appellieren und Bewusstsein schaffen. Dabei setzen wir auf Eigenverantwortung statt Bevormundung, auf private

Initiative statt staatlicher Bürokratie, auf die Suche nach Lösungen statt nach Schuldigen. Die drohende Klimakatastrophe geht alle an. Deshalb tun wir seit mehr als 30 Jahren alles, um das Umweltbewusstsein bei Menschen, Institutionen, Verbänden und in Unternehmen zu fördern.

www.deutscheumweltstiftung.de

Die Herausgeber (BUND, Deutsche Umweltstiftung, EuroNatur, FÖS und NaturFreunde) und andere Akteure der Transformation stellen sich an dieser Stelle im Wechsel vor.

Debatten zu
den Themen dieser
Ausgabe unter:
www.Briefe-zur-Transformation.de

VERANSTALTUNGEN

28. bis 29. Oktober 2014:

KarmaKonsum-Konferenz »Simplicity – Die Notwendigkeit von Einfachheit und Entschleunigung im Business«
IHK Frankfurt am Main

7. bis 9. November 2014:

Tagung »Gute Arbeit ohne Wachstum?«
Evangelische Akademie Bad Boll

5. bis 7. November 2014:

Europäische Jahrestagung Förderverein Ökologische Steuerreform/Green Budget Europe
Brüssel

1. bis 12. Dezember 2014:

UN-Klimakonferenz (COP20/CMP10)
Lima (Peru)



Foto: www.brot-fuer-die-welt.de

WIR SIND NICHT ALLEIN

Die unbequeme Wahrheit lautet: Weder bei der Energiewende noch beim Klimaschutz ist Deutschland Spitzenreiter – auch wenn der ein oder andere Wirtschaftslobbyist das gern so darstellt. Deutschlands Bemühungen um den Klimaschutz bedeuten auch nicht den Untergang der Wirtschaft. Im Gegenteil: Mehr als einmal hat sich Deutschland auf internationaler Ebene eher als Bremsen als Treiber erwiesen. Fakt ist: Die Energiewende in Deutschland ist weder zu schnell noch zu teuer. Sie ist längst auch nicht mehr globale Blaupause – wenn sie das je war.

In dieser Ausgabe von *movum* widmen wir uns deshalb dem Klimaschutz. Dabei ist der Widerspruch zwischen den wissenschaftlichen Erkenntnissen und der Unfähigkeit der Politik, daraus Konsequenzen zu ziehen, erschreckend groß. Wir erleben einen ökologischen Kolonialismus, der die Zukunft ausplündert und schon heute die Erde spaltet. Vor allem die armen Erdregionen sind schon jetzt die Hauptbetroffenen zunehmender Wetterextreme.

Und weil die dringend nötige sozialökologische Transformation keine national lösbare Frage ist, verlieren wir dabei den Blick auf die internationale Situation nicht aus dem Auge. Die Einordnung unserer deutschen klimapolitischen Bemühungen, Perspektiven und leider auch Blockaden in globale Zusammenhänge und Entwicklungen ist wichtig.

Wir Herausgeber schreiben in der Erstausgabe von *movum*: „Unsere Sichtweise ist nicht das scheinbar Machbare, sondern das Notwendige, das wir machbar machen wollen. In der Klimapolitik müssen wir konstatieren: Nicht einmal das Machbare wird getan. Im Klimaschutz sind die Bemühungen nach wie vor oft

halbherzig, zögerlich und greifen vor allem viel zu spät. Was wir brauchen, ist mehr Mut, Energie und Dynamik in diesem Prozess. Diese Dynamik auch in die Debatte um eine sozialökologische Transformation zu bringen – das war und ist eines der zentralen Motive der Herausgeber von *movum*. Wir waren uns nicht sicher, ob uns das gelingen würde – und entsprechend gespannt auf die Reaktionen zur Erstausgabe.

Heute können wir feststellen: Zuspruch, Ermutigung, Themenvorschläge, Argumente, Autorenvorschläge – und unzählige Abo-Anfragen haben unsere Erwartungen bei Weitem übertroffen. Als wir vor Jahresfrist in kleinem Kreis erstmals über die Idee der „Briefe zur Transformation“ gesprochen haben, waren wir uns unsicher: Würden wir genügend Interessierte und Unterstützer finden können? Ist das Thema Transformation für die Menschen wichtig, erfassbar und erfahrbar? Kann es uns überhaupt gelingen, die Komplexität des Themas in Form eines zweimonatigen, kompakten Mediums zu durchdringen?

Wir wissen noch nicht, ob uns das letztlich gelingen wird. Wir wissen aber, dass wir schon heute einen großen Kreis von kritischen Leserinnen und Lesern haben – und nichts freut uns mehr als dieser Anfangserfolg.

Doch es soll nicht beim reinen Lesen bleiben – das wird weder dem Thema noch unserem Anspruch gerecht. Wir brauchen einen breiten, lebhaften, kritischen und kreativen Diskurs. Diesen Diskurs wollen wir mit unserer Leserschaft in den kommenden Monaten gemeinsam entwickeln. Dazu freuen wir uns über Vorschläge.

Die Debatte hat erst begonnen – dazu laden wir alle Interessierten herzlich ein!

Herzlichst, Ihr Jörg Sommer

KLIMASCHUTZ: EIN GENERATIONENVERTRAG MIT GEWINN

Text: PETER HENNICKE

Seit mehr als 30 Jahren wächst beim Klimawandel der Widerspruch zwischen Wissen und Handeln. Das Problem ist: Kurzfristige nationale Interessen müssen mit dem langfristigen Interesse einer lebenswerten Erde in Einklang gebracht werden. Ist das möglich? Wie kann Klimaschutz nicht nur langfristig für alle, sondern schon heute für die meisten Länder einen Gewinn darstellen?

Das Klima verändert sich: sichtbar, fühlbar, messbar. Die Emissionen der Treibhausgase, allen voran Kohlendioxid aus Kraftwerks- und Industrieprozessen, stiegen trotz Kyoto-Protokoll in den letzten zehn Jahren beschleunigt an. Der jüngst veröffentlichte „Fünfte Sachstandsbericht“ des Weltklimarates IPCC hat – auch in Richtung auf die entscheidende Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris – so deutlich wie noch nie gewarnt: Die Ursachen für den menschengemachten Klimawandel sind durch eine Vielzahl messbarer Indizien gesichert. Bei weiterem Abwarten wird das Zwei-Grad-Limit für die maximale Erwärmung nicht zu halten sein. Es kommt zu unumkehrbaren Kipppunkten im Klimasystem. Klimaschutz wird dann praktisch unbezahlbar sein.

MORAL ERMUNTERT WENIGER ZUM HANDELN

Eine unbequeme Wahrheit. Aber welcher Politiker oder Manager liest die 2.000 Seiten des IPCC-Berichts? Auch die kürzeren Zusammenfassungen motivieren nicht zum Handeln: Es wimmelt von komplexen Grafiken und Bewertungen wie „äußerst“, „sehr“ oder nur „wahrscheinlich“. Wenn Klimaveränderungen nur „wahrscheinlich“ sind und mögliche Katastrophen in weiter Ferne liegen, warum sollten heute Länder für ehrgeizigen globalen Klimaschutz ihre Eigeninteressen bremsen, Öl- und Kohlekonzerne profitable Geschäftsfelder aufgeben und Bürger ihren Lebensstil ändern? Es ist offensichtlich: Die Klimaexperten haben ein Interessen- und Kommunikationsproblem.

Der Geburtsfehler der globalen Klimaschutzpolitik ist die Verpflichtung zu Reduktion und Lastenteilung („burden sharing“). In einer auf Wachstum fixierten Gesellschaft verbinden sich damit Bilder von Verzicht und Opferbereitschaft. Mit den positiven Wirkungen von Klimaschutzinvestitionen für Wirtschaft und Arbeitsplätze hat das wenig zu tun. Als Ermunterung zum Handeln ist Moral nur die zweitbeste Option.

Führende US-Ökonomen sind früh auf den Zug des burden sharing aufgesprungen. Ihre Botschaft: Klimaschutz ist zu teuer, Abwarten ist billiger. Der Stern-Report hat diese fatale Apologie widerlegt: Schätzt man die künftigen Schäden eines ungebremsten Klimawandels, dann sind sie größer als die Kosten aktiven Klimaschutzes. Durch den Bericht kamen erstmalig globale Wirtschaftsinteressen und Finanzkalkül ins Spiel. Unter der Wucht der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise



seit 2008 brach jedoch das globale Kosten-Nutzen-Argument wie ein Kartenhaus zusammen. Erneut siegen Länderegoismen, Fatalismus machte sich breit, das Zwei-Grad-Ziel rückte in weite Ferne.

Aktuelle Aufgabe der IPCC-Experten war es, vor dem Hintergrund der weiter schwelenden Finanzkrise eine wissenschaftlich und sozialökonomisch belastbare Neustrategie zu zimmern. Die Experten haben sich dieser Herkulesaufgabe mit einem riesigen Analyse- und Szenarienaufwand unterzogen. Die Hauptbotschaft hätte bei Kapital und Politik wie eine Bombe einschlagen müssen: Um das Zwei-Grad-Ziel „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ durch massive Klimaschutzinvestitionen zu erreichen, müsste das globale Konsumwachstum im 21. Jahrhundert durchschnittlich pro Jahr nur um marginale 0,06 Prozent reduziert werden – bei einer jährlichen Wachstumsrate zwischen 1,6 und drei Prozent.

KLIMASCHUTZ AUS DER GLOBALEN PORTOKASSE

Massiver Klimaschutz ist also bezahlbar – sogar aus der globalen Portokasse. Die im Stern-Report genannten Schäden durch einen ungebremsten Klimawandel, die dadurch vermieden werden könnten, sind dabei noch gar nicht mitberücksichtigt. Minimale Wachstumseinbußen pro Jahr wären also der Preis dafür, eine Klimakatastrophe zu verhindern. Gäbe es eine globale Wall Street, würde ab sofort alles Kapital in den forcierten Klimaschutz fließen, um das Risiko zukünftiger Kapitalvernichtung durch den Klimawandel zu minimieren. Wurde diese Botschaft gehört? Wahrscheinlich schon, aber ambitionierten Klimaschutz hat sie nicht ausgelöst. Warum nicht? Es ist fünf vor zwölf, um mit dieser fatalen Logik zu brechen.

Der dafür nötige Klima- und Ressourcenschutz sind die Bedingungen einer Großen Transformation. Sie enthält wirtschaftlich attraktive Ziele wie Versorgungssicherheit, höhere Wettbewerbsfähigkeit, neue Geschäftsfelder und mehr Jobs durch Energie- und Materialeffizienz, erneuerbare Energien und nachhaltige Mobilität. Eine Große Transformation ist eine umfassende gesellschaftliche

Strategie der Risikominimierung mit wirtschaftlichem und sozialem Nutzen. Nachhaltige Produktions- und Konsummuster, Dezentralisierung, Demokratisierung, Bürgerbeteiligung und -finanzierung sind dafür die Voraussetzungen und Treiber.

Sind das Wunschträume? Wer das sagt, nimmt nicht zur Kenntnis, dass sich Deutschland mit der Energiewende bereits auf diesen Weg begeben hat. Eine Energiewende ist Motor und Voraussetzung für einen Transformationsprozess. Mitte des 21. Jahrhunderts soll Deutschland nahezu frei von fossilen Energien und weitgehend auf energieeffiziente Prozesse, Gebäude, Fahrzeuge, Geräte sowie auf fast 100 Prozent Erneuerbare umgestellt sein. So lauten die Ziele der damals noch konservativ-liberalen Regierung aus dem Jahr 2010, die nach wie vor gelten.

EIN GRÜNER ENERGIEAUFBRUCH FÜR ALLE

Die Energiewende basiert auf einem Generationenvertrag. Die heutige Generation gestaltet und finanziert einen ökologischen Umbau, um Kinder und Enkel vor gewaltigen Lebensrisiken zu schützen: Vor den Kosten eines fossil-nuklearen Energiesystems, den Risiken des nuklearen Brennstoffzyklus und des Klimawandels sowie vor Energieimportabhängigkeit, Preisschocks und weltweiten Ressourcenkriegen. Zeigt die deutsche Energiewende die Machbarkeit dieses Transformationsprozesses, dann wird dies – auch über den globalen Wettbewerb – zur Startrampe für den weltweiten Aufbruch zu nachhaltiger Energienutzung sowie ambitioniertem Klima- und Ressourcenschutz.

Dieses Gemeinschaftswerk schließt auch eine universelle Botschaft ein: Es kann sich nur aus dem Zusammenwirken von nationalen Transformationsprozessen ergeben. Die künftige Vermeidung weltweiter Lasten der Klimaveränderung und der nationale Nutzensgewinn zielen in die gleiche Richtung. Burden sharing wird zur Vergangenheit, zu einem Fossil der neoklassischen Ökonomie.

Die Idee von Ex-Bundesumweltminister Peter Altmaier, einen Energiewende-Club zu gründen, sollte daher weiterverfolgt werden. Industrieländer können mit Ländern des Südens bilaterale oder multilaterale Partnerschaften schließen, in denen Energieeffizienz und erneuerbare Energien gefördert werden. Denn der Süden braucht den grünen Energieaufbruch ebenso wie der Norden, um weitere Investitionen in braune Infrastrukturen wie ineffiziente Gebäude und fossile Kraftwerke zu vermeiden – und um eine globale, generationenübergreifende Energiewende schon heute zu starten.

Dr. Peter Hennicke ist ehemaliger Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie und Professor emeritus an der Bergischen Universität Wuppertal.



KLIMAPOLITIK: NATIONALE AGENDA FÜR EUROPÄISCHES ZUKUNFTSPROJEKT

Text: HUBERT WEIGER

Es gibt derzeit drei Hindernisse für einen wirksamen Klimaschutz auf europäischer Ebene. Erstens berücksichtigen viele europäische Staaten die Interessen der fossilen Energiebranche stärker als den Klimaschutz. Ihnen ist die Zukunft der fossilen Energiegewinnung in ihren Ländern ein zentrales Anliegen. Deshalb versuchen sie immer wieder, Instrumente und politische Maßnahmen des Klimaschutzes zu behindern. Sie tun dies oft in Koalitionen miteinander. Weil große europäische Klimaschutzstrategien, wie das EU-Klimapakett mit den Zielen für 2030, einstimmig verabschiedet werden müssen, kann daher schon ein Land alleine moderne Klimapolitik verhindern und alle Länder dazu zwingen, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen.

Zweitens üben Wirtschaftsverbände, die sich durch Klimaschutzmaßnahmen benachteiligt sehen, auch direkt auf die Institutionen der Europäischen Union und auf EU-Abgeordnete Druck aus, um Klimagesetze und Verordnungen zu verwässern. Natürlich versuchen wir als Umweltorganisationen, die Politik von der Notwendigkeit des Klimaschutzes zu überzeugen, jedoch verfügen wir in vielen Fällen über weniger Ressourcen und Zugänge als Vertreter der Wirtschaft.

DEUTSCHE KLIMAZIELE OHNE EU-KLIMAPOLITIK?

Drittens gibt es zurzeit kaum europäische Regierungen, die man ganz klar als Vorreiter im Klimaschutz bezeichnen kann und die viele Ressourcen in die Bildung von progressiven Allianzen für mehr Klimaschutz auf europäischer Ebene stecken. Großbritannien setzt sich zwar sehr stark für ein anspruchsvolles europäisches Emissionsreduktionsziel ein, möchte aber gleichzeitig die Atomkraft weiter ausbauen. Generell sind die Reduktionsziele, die sich Europa geben will, viel zu niedrig, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwenden. An starken Vorreitern innerhalb Europas mangelt es also, und dieser Mangel schlägt sich in der Politik nieder.

Allerdings muss die Energiewende in Deutschland nicht scheitern, nur weil die EU-Klimapolitik nicht vorankommt, denn ihre Antreiber sitzen hier bei uns. Es sind vor allem die Bürger in Deutschland, die sich in den letzten Jahren für die Energiewende stark gemacht haben und sie jetzt mitgestalten. Die Transformation von einer fossilen zu einer erneuerbaren Energiegewinnung ist in Deutschland in vollem Gange und wird nicht aufzuhalten sein.

Die Gefahren für die deutsche Energiewende liegen nicht so sehr auf europäischer Ebene, sondern eher hier bei uns. Es sind die großen Stromversorger, die auf Kohle- und Atomstrom setzen und damit umso mehr zu verlieren haben, je weiter die Energiewende voranschreitet. Sie versuchen, dem Durchmarsch der dezentralen Erneuerbaren alles nur Erdenkliche in den Weg zu stellen. Wir sollten daher noch mehr auf die lokalen und

nationalen Maßnahmen und Instrumente zur Umsetzung des Klimaschutzes zählen und uns dafür stark machen. Die Priorität liegt seit jeher „vor unserer Haustür“.

Hierbei haben Gesetze und politische Verordnungen eine große Bedeutung. Ein Klimaschutzgesetz für Deutschland ist lange überfällig. Das nordrhein-westfälische Modell enthält viele positive Elemente, die für ein nationales Klimaschutzgesetz Pate stehen können. Im Mittelpunkt müssten dabei ehrgeizige und verbindliche Emissionsreduktionsziele stehen. Solch ein Gesetz auf nationaler Ebene müsste einhergehen mit einem Maßnahmenbündel zur Umsetzung der Ziele. Ein solches Gesetz hätte viel mehr Verbindlichkeitscharakter als Aktionspläne oder Ähnliches.

Es würde auch die Klimaziele unterstreichen, die sich Deutschland gesetzt hat, beispielsweise das Ziel, den Treibhausgasausstoß bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent (im Vergleich zu 1990) und bis 2050 um 90 Prozent zu senken. Im vergangenen Jahr ist der Ausstoß wieder um 1,2 Prozent angestiegen, vor allem wegen der steigenden Kohleverstromung. Ein grundlegendes Umsteuern ist also notwendig, um die von der Bundesregierung selbst gesetzten Ziele erreichen zu können.

Als ein erster Schritt müssen die ältesten Braunkohlekraftwerke, die die höchsten CO₂-Emissionen pro erzeugter Kilowattstunde verursachen und die derzeit rund um die Uhr Strom produzieren, bis 2020 per Gesetz vom Netz genommen werden. Konkret sollte die Betriebslaufzeit von Braunkohlekraftwerken bis 2020 auf 35 Jahre begrenzt werden. Diese Regelung betraf 24 Braunkohleblöcke, die bis einschließlich 1985 in Betrieb gegangen sind. Die installierte Braunkohlekraftwerkskapazität würde damit um die Hälfte reduziert werden und die CO₂-Emissionen dieser Kraftwerke würden um 90 Millionen Tonnen zurückgehen.

DAS EEG IST KEIN KLIMASCHUTZGESETZ

Außerdem müssen bis zum Jahr 2050 rund 95 Prozent der Treibhausgase aus dem Verkehr reduziert werden. Neben technischen Lösungen sind vor allem Verkehrsvermeidung und -verlagerung notwendig. Kurzfristige Maßnahmen könnten die Ausdehnung der Lkw-Maut auf alle Straßen und ein EU-weiter Abbau der Mehrwertsteuerbefreiung auf internationale Flüge sein.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eignet sich nach der Reform durch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel leider nicht mehr als „Klimaschutzgesetz“. Es könnte sogar schlimmstenfalls zu einer echten Blockade für weiteres Bürgerengagement bei der Energiewende werden. Denn keines der Versprechen, die zu Beginn der Reform von der Bundesregierung ausgerufen wurden – wie die Senkung der übermäßigen und teuren Industrieausnahmen und eine gerechtere Kostenverteilung – wird mit der umstrittenen Gesetzesnovelle eingelöst.



Die erfolgreiche, verbrauchsnahe und dynamische Bürgerenergiegewende steht an einem Scheidepunkt. Kernprinzipien des bisherigen EEG werden aufgeweicht oder komplett abgeschafft. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien tritt die Große Koalition mit niedrigen Ausbauzielen und festen Ausbau-Obergrenzen deutlich auf die Bremse. Die Energiewende wird dadurch vor allem für große Energiekonzerne attraktiv gemacht.

EINE DYNAMISCHE ENERGIEWENDE VON UNTEN

Statt das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger und Gewerbetreibender vor Ort zu unterstützen und der Weiterentwicklung verbrauchsnaher Projekte mit erneuerbaren Energien den Weg zu ebnet, erschwert die Bundesregierung dies mit dem EEG 2014 erheblich. Die Gesetzesnovelle steht damit im Widerspruch zum Klimaschutz. Es droht nicht nur ein Verfehlen der Ausbauziele für Wind- und Sonnenstrom, sondern auch des nationalen Klimaziels für 2020. Für die Betreiber von Kohlekraftwerken ist diese Reform wie ein Schonwaschgang. Je stärker die Energiewende ausgebremst wird, desto länger können die Klimakiller laufen.

Mit dem neuen EEG wird das erfolgreichste Klimaschutzinstrument Deutschlands ausgebremst. Das konterkariert die Bemühungen von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, die mit einem Aktionsprogramm händeringend das Verfehlen des Klimaziels für 2020 abwenden will. Wir brauchen eine dynamische, dezentrale Energiewende von unten, um so schnell wie möglich weg von der Atomkraft und mittelfristig weg von der Kohle zu kommen. Nur so lassen sich die nötigen Energieeinsparungen schaffen, um den Klimawandel noch aufhalten zu können.

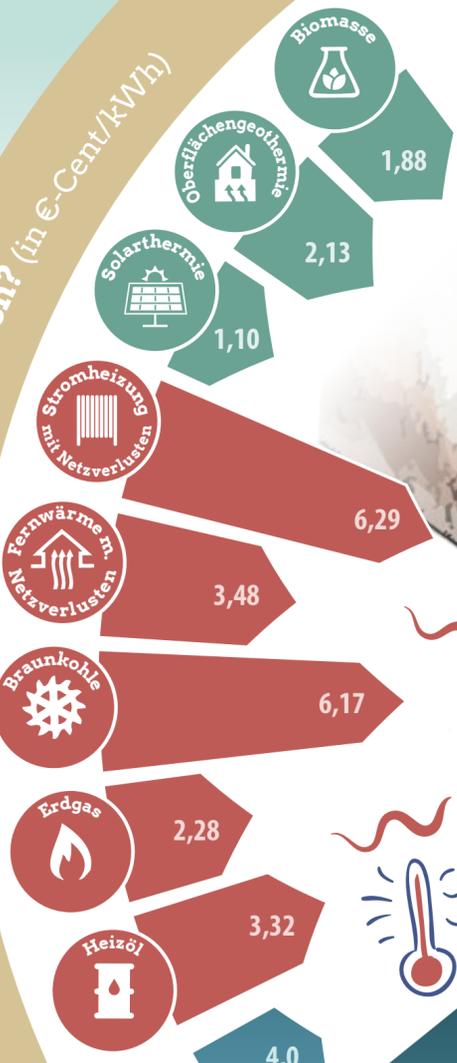
MEIN KLIMAWANDEL

Der Klimawandel kostet Geld. Viel Geld: Überflutungen, Dürren, sich ausbreitende Krankheiten werden ab 2080 bis zu 2.500 Milliarden Euro kosten. Pro Jahr. Auch Klimaschutz kostet Geld: Um den Klimawandel wirkungsvoll zu verhindern, müssen bis 2040 pro Jahr 250 Milliarden Euro in erneuerbare Energien und eine effiziente Wirtschaft gesteckt werden. Entweder investieren wir pro Bürger 500 Euro pro Jahr in ein nachhaltiges Europa oder eine Generation nach uns muss für das Zehnfache aufkommen, um Schäden zu beheben, die sie nicht verursacht hat.

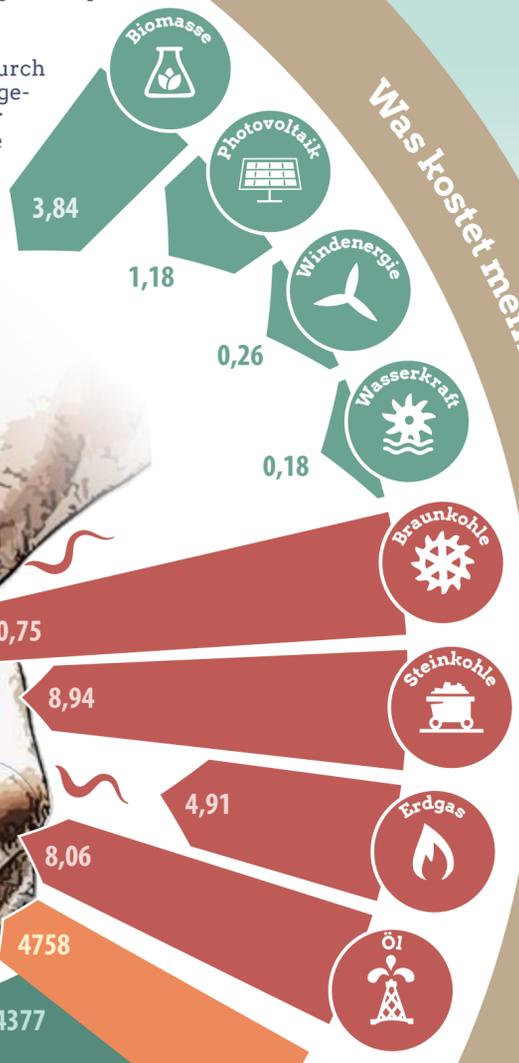
Der Ausweg: Preise müssen die Wahrheit sagen. Der Klimawandel wird durch unsere Energienutzung, unsere Mobilität und unsere Ernährung hervorgerufen. Doch verursacht eine Kilowattstunde weit mehr Kosten, als wir über die Stromrechnung bezahlen: Weder die Subventionen noch die Schäden für Gesundheit und Umwelt sind eingerechnet. Pro Tonne CO₂ entstehen 70 Euro Kosten, von denen aber nur 4 Euro von der Industrie getragen werden. Der Rest wird der Allgemeinheit aufgebürdet. Die Daten zeigen: Sobald wir die wahren Kosten für Strom, Wärme, Ernährung und Transport zahlen müssen, werden wir alle automatisch zu Klimaschützern.



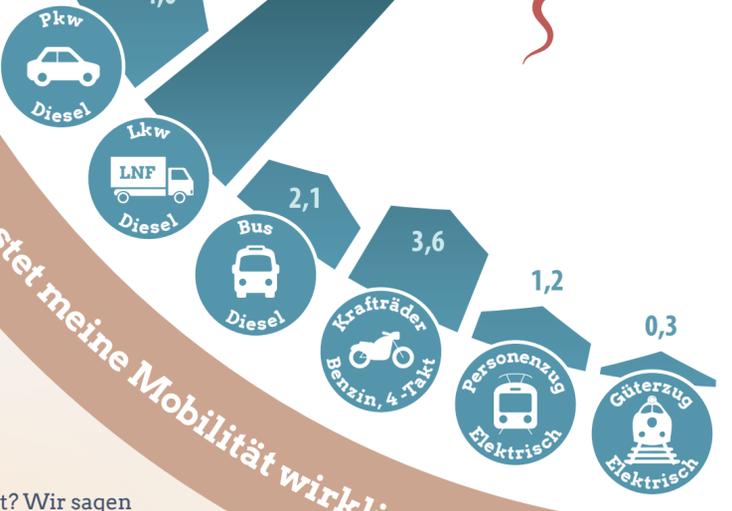
Was kostet Wärmenutzung wirklich? (in €-Cent/kWh)



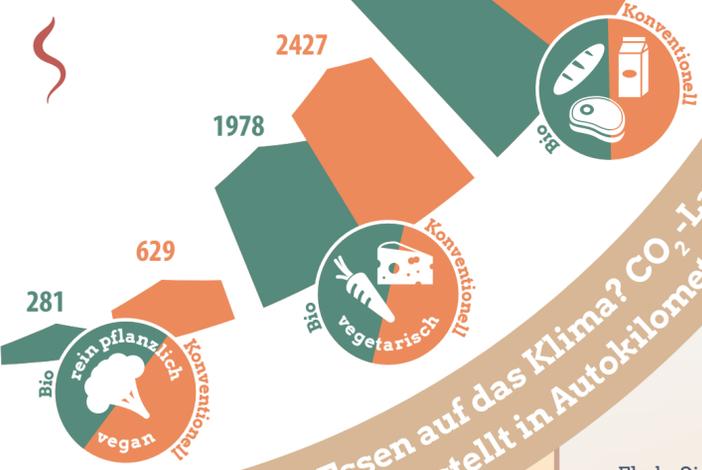
Was kostet mein Strom wirklich? (in €-Cent/kWh)



Was kostet meine Mobilität wirklich? (in €-Cent/Pkm)



Wie wirkt mein Essen auf das Klima? CO₂-Last der Ernährung dargestellt in Autokilometern



Was kann ich tun?

In unserer verschmutzten Umwelt wird die Luft langsam sichtbar.“ (Norman Mailer)
Das heißt nicht, dass Sie die Fenster von heute an geschlossen lassen müssen. Aber im Winter können Sie gut sparen, wenn Sie nur kurz und kräftig lüften. Und übrigens: Wer die Heizung um ein Grad runterdreht, spart sechs Prozent Energie. Und achten Sie beim nächsten Umzug nicht nur auf die perfekte Lage der neuen Wohnung, sondern auch auf ihren Energieausweis.

Wie müssen wir unsere Politik ändern?

Statt in Europa Dämme gegen Klimaflüchtlinge zu errichten, sollten wir lieber Politik machen, um Häuser zu dämmen. Bund und Länder müssen Anreize schaffen, um Investitionen für Mieter und Vermieter attraktiv zu machen.



Was kann ich tun?

Höher, schneller, weiter? Das olympische Motto mag im Sport taugen. Auf der Straße und beim Klima kostet es Menschenleben. Eine Beschleunigung von 90 auf 120 km/h kostet 20 % mehr Energie. Wählen Sie ein Tempolimit. Und übrigens: Wer eine Stunde in der Luft ist, stößt so viel CO₂ aus wie ein Bangladescher in einem ganzen Jahr. Gehen Sie also nicht wegen jeder Kleinigkeit in die Luft.

Wie müssen wir unsere Politik ändern?

Haben Sie sich schon mal über die teuren Bahnpreise geärgert? Wir sagen Ihnen warum: Die Bahn zahlt Mehrwertsteuer, Stromsteuer, EEG-Umlage... Ihre Billigairline, die Sie übers Wochenende nach Paris bringt, zahlt keine Mehrwertsteuer, keine Kerosinsteuer. Hier läuft was falsch...

Was kann ich tun?

Werden Sie selbst zum Klimaretter: Zeigen Sie den fossilen Dinosauriern aus Kohle die kalte Schulter und kaufen Sie ab sofort gesunden, grünen Strom von einem unabhängigen Anbieter. Und noch was: Um Mode kann man streiten, ums Klima nicht: Ein Kühlschrank mit A++-Label ist wirklich attraktiver. Eine Jeans mit Label – vielleicht?

Wie müssen wir unsere Politik ändern?

CO₂ hat einen Preis. Und der muss bezahlt werden. Und zwar von denen, die es produzieren. Wenn CO₂ Schäden für 70 Euro verursacht, darf es nicht für 4 Euro verkauft werden. Emissionshandel und Verschmutzungssteuer müssen dringend reformiert werden.



Was kann ich tun?

Seien Sie mutig. Sagen Sie ja zum Fleisch. Probieren Sie es, genießen Sie es. – Aber nicht mehr als einmal pro Woche. Oder tun Sie was für Ihre Gesundheit und verzichten ganz drauf. Und kaufen frisch, regional und bio.

Wie müssen wir unsere Politik ändern?

Ekeln Sie die Bilder von Tierquälerei in Massenkäfigen mit Hühnern, Puten, Schweinen und Rindern auch an? Dann laden Sie Ihren Abgeordneten mal zum Abendessen ein und fordern Sie ein Ende der Agrarfabriken und eine Förderung der nachhaltigen Landwirtschaft.

„KLIMAFLÜCHTLINGE HABEN KEINE RECHTE“

Interview: EVA MAHNKE



Helfer verteilen Wasser nach einer schweren Dürre am Horn von Afrika: Den Menschen, die sich an die erschwerten Bedingungen aufgrund des Klimawandels nicht anpassen können, bleibt nur die Flucht.

Herr Riera, der Klimawandel zwingt mehr und mehr Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Reicht das Völkerrecht in seiner jetzigen Form überhaupt aus, um diese Flüchtlinge zu schützen?

José Riera: Unglücklicherweise schützt der jetzige völkerrechtliche Rahmen solche Migranten nicht. Die Genfer Flüchtlingskonvention sieht als Asylgrund lediglich die Verfolgung aufgrund von Herkunft, Rasse, Religion oder politischer Meinung vor.

Kümmern sich die Staaten überhaupt um Umweltmigranten? Doch, das tun sie. 2012 haben sich einige Staaten auf Initiative von Norwegen und der Schweiz zur sogenannten Nansen-Initiative zusammengeschlossen. In diesem

Rahmen diskutieren sie darüber, wie sie mit Menschen umgehen sollten, die ihr Land aufgrund von Naturkatastrophen verlassen müssen.

Geht es dabei auch um eine Ausweitung des Geltungsbereichs der Genfer Konvention auf Klimaflüchtlinge?

Ganz klar: nein. Die Nansen-Initiative will die Flüchtlingskonvention nicht anrühren. Sie befasst sich mit den Regionen der Welt, in denen der Klimawandel schon jetzt Bevölkerungsbewegungen auslöst, und trägt Best-Practice-Beispiele für den Umgang mit grenzüberschreitender Migration zusammen.

Warum wehren sich die Staaten so sehr dagegen, den Klimawandel als Flüchtlingsgrund anzuerkennen?

Befürchten sie, von Flüchtlingsströmen überrannt zu werden, wenn der Klimawandel statt einem Grund für freiwillige Solidarität ein Recht auf Asyl begründet?

Zu Beginn der Debatte kursierten sehr wilde Prognosen – über Hunderttausende oder gar Millionen von Flüchtlingen aufgrund des Klimawandels. Das hat natürlich Befürchtungen ausgelöst und war sehr kontraproduktiv. Inzwischen ist man der Ansicht, dass es wichtiger ist herauszufinden, wie man den Leuten vor Ort helfen kann. Wir müssen hoffen, dass die Staaten sich im Geiste der Solidarität und Kooperation zusammenschließen, um Umweltmigranten zu schützen.

Was aber, wenn die Solidarität der Staaten nicht ausreicht? Muss man nicht spätestens dann den rechtlichen Rahmen ändern?

Ich denke, das ist eine Option. Aber zum jetzigen Zeitpunkt wäre es kontraproduktiv zu sagen, dass es die einzige Option ist. Wir halten es für produktiver, so viele Informationen wie möglich auf den Tisch zu legen. Die Staaten sollen auf der Grundlage von Fakten entscheiden und nicht auf der Grundlage von Ängsten über künftige Flüchtlingsfluten. Angst ist kein guter Ratgeber.

Gilt das auch noch, wenn – wie im Fall der vom Meeresspiegelanstieg betroffenen pazifischen Inselstaaten – ganze Nationen ihr Territorium verlieren?

Das ist das Worst-Case-Szenario, das wir vermeiden müssen. Bevor wir uns darauf konzentrieren, sollten wir nächstes Jahr in Paris erst einmal einen ordentlichen Klimavertrag zustande bringen. Zweitens brauchen wir eine Finanzierung, auf die die Staaten zurückgreifen können, um ihrer Bevölkerung bei der Anpassung zu helfen. Und dann müssen wir uns über Migrationsmöglichkeiten unterhalten.

Und für die Zukunft?

Wenn in zehn oder 20 Jahren die Situation akut werden sollte, könnte es sein, dass einige Staaten auch Druck machen, die Genfer Konvention zu erweitern. Jetzt aber sagen wir: Lasst uns pragmatisch und human sein und uns auf das stützen, was wir haben.

José Riera ist Sonderbeauftragter beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR



WELTKLIMARAT: TAUSENDE SEITEN GEFÄHRLICHER FAKTEN

Text: VERENA KERN

Stockholm, 27. September 2013, 9 Uhr morgens. Die Männer auf dem Podium sehen müde aus. Vier Tage lang haben sie bis tief in die Nacht mit Regierungsvertretern um das Abschlussdokument verhandelt. Sie haben um jedes Wort gestritten, um Kompromisse gerungen. Nun ist das Papier fertig, abgesegnet von allen Staaten der Welt, als Grundlage internationaler Verhandlungen. Als es an diesem Freitag der Öffentlichkeit vorgestellt wird, ist ein Livestream eingerichtet. Übersetzt in mehrere Sprachen wird das Dokument später im Internet stehen, zum Nachlesen für alle.

Worum es geht? Im Fachjargon: um die SPM der WG I des AR5 des IPCC. Für Fachleute sind die Kürzel eine Erleichterung. Sie müssen nicht mehr umständlich sagen: Es geht um die Summary for Policymakers (Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger) der Working Group 1 (Arbeitsgruppe 1) des Fifth Assessment Report (Fünfter Sachstandsbericht) des Intergovernmental Panel on Climate Change (Zwischenstaatlicher

Ausschuss für Klimaänderungen, kurz: Weltklimarat). Nichtfachleute verstehen dagegen nur Bahnhof.

Das liegt in der Sache selbst. Es geht um ein Wissenschaftsprojekt, und das Thema ist alles andere als schlicht: der Klimawandel. Tausende Forscher sichten – ehrenamtlich – in einem mehrjährigen Prozess, was ihre Disziplin mittlerweile über den Klimawandel weiß (Arbeitsgruppe 1), welche Auswirkungen er auf Mensch und Natur hat (Arbeitsgruppe 2) und welche Möglichkeiten es gibt, ihn zu bremsen (Arbeitsgruppe 3). Ende Oktober 2014 wird der vierte und letzte Teil in Kopenhagen vorgelegt: der sogenannte Synthesebericht.

DER HANDLUNGSDRUCK IST ENORM

Jeder der drei Teilberichte ist an die 1.000 Seiten stark. Auf der Grundlage unzähliger Studien, die seit dem letzten Sachstandsbericht 2007 erschienen sind, fassen die Forscher zusammen, wie weit das Schmelzen der Gletscher vorangeschritten ist oder wie einzelne Weltgegenden mit bestimmten Schlüsselrisiken – Dürren, Extremwetterereignissen oder Meeresspiegelanstieg – konfrontiert sind.



Schmelzendes Arktiseis: Der Weltklimarat sagt dem Eisbären eine existenzbedrohende Zukunft voraus.

Damit auch Nichtwissenschaftler einen Zugang finden, gibt es jeweils eine Zusammenfassung (die oben erwähnte SPM), die ausdrücklich in einem „non-technical style“ geschrieben sein soll. Die Botschaft des Weltklimarats soll so verständlich wie möglich formuliert sein. Schließlich enthalten die Berichte auch Handlungsempfehlungen an die Politik.

Und der Handlungsdruck ist enorm. Noch deutlicher und gestützt auf noch mehr Daten als die bisherigen vier Sachstandsberichte, die seit 1990 erschienen sind, stellt der aktuelle fünfte Report fest: „Der menschliche Einfluss auf das Klima ist klar.“ Und: „Die Erwärmung wird sich fortsetzen, egal welches

Szenario man annimmt.“ Um die Folgen unter Kontrolle zu halten, empfiehlt der IPCC vor allem drastische Einschnitte bei der Verbrennung fossiler Energieträger, in erster Linie bei der Kohle; ein Punkt, der vielen Regierungsvertretern nicht geschmeckt hat, als sie die entsprechende Passage in der Zusammenfassung der Arbeitsgruppe 3 absegnen sollten.

Dabei ist die Botschaft des IPCC, das 2007 für seine Arbeit den Friedensnobelpreis erhielt, alles in allem vorsichtig optimistisch: Ja, der Klimawandel findet statt. Aber es lässt sich etwas dagegen tun. Und: Maßnahmen zum Klimaschutz können ein Motor für Wirtschaftswachstum und Wohlstand sein. Wenn man sie denn anpackt.

DIE LETZTE CHANCE ZU EINEM KLIMAVERTRAG

Text: NICK REIMER

Dieser Tag wird in die Geschichte eingehen: Zum ersten Mal haben Wissenschaftler des Observatoriums auf Hawaii am 9. Mai 2013 eine Konzentration von 400 Teilen Kohlendioxid pro einer Million Teile Atmosphäre gemessen – englisch „parts per million“, ppm. Mitte des 19. Jahrhunderts – das haben Eiskernuntersuchungen ergeben – lag die Treibhausgas-Konzentration noch bei 280 ppm. Als die Wissenschaftler 1958 auf dem 4.170 Meter hohen Vulkan Mauna Loa mit ihrer Messreihe begannen, war der Wert bereits auf 315 ppm gestiegen.

1992 kletterte die Konzentration auf 358 ppm. Es war das Jahr, in dem die UN-Klimarahmenkonvention beschlossen wurde. Mit ihr verpflichteten sich die mittlerweile 194 Vertragsstaaten, „die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre auf einem Niveau zu stabilisieren, das eine gefährliche menschliche Beeinflussung des Klimasystems vermeidet“. Damit wurde die Erderwärmung offiziell zur vordringlichsten Bedrohung der Menschheit erklärt. Im Artikel 7 wurde

eine „Konferenz der Vertragsstaaten“ festgeschrieben. Das war die Geburt der Weltklimakonferenzen. Die 22. dieser Konferenzen tritt in diesem Jahr in Perus Hauptstadt Lima zusammen.

2015 soll in Paris ein neuer Weltklimavertrag beschlossen werden. Erstmals soll dieser Vertrag alle Staaten zum Einsparen von Treibhausgasen verpflichten. In Kraft treten soll er 2020. Die lange Übergangsfrist ist notwendig, um den UN-Vertrag zu ratifizieren, also völkerrechtlich in nationales Recht zu überführen. Die Parlamente Russlands, Belgiens oder Kenias müssen dem Vertrag genauso zustimmen wie alle anderen Parlamente der 194 Vertragsstaaten. Beim Kyoto-Protokoll, dem bislang geltenden Weltklimavertrag, dauerte diese Prozedur acht Jahre.

REDUKTIONSZIELE FÜR ALLE LÄNDER

Parallel dazu hat UN-Generalsekretär Ban Ki Moon eine Diplomatie-Offensive gestartet: Auf dem sogenannten Ban-Ki-Moon-Gipfel im September sollten sich die Vertragsstaaten gegenüber der UNO zu konkreten Reduktionszielen verpflichten. In einem zweiten Schritt wird



Die Klimakonferenz von Doha 2012 ergab ein Verhandlungsmandat, mit dem 2015 in Paris ein neuer Weltklimavertrag beschlossen werden soll.

dann bis März 2015 analysiert, ob die zugesagten Ziele fair verteilt und ausreichend für das Zwei-Grad-Limit sind. Falls nicht, schlägt die UNO Nachbesserungen vor und die Mitgliedsstaaten erhalten Gelegenheit, ihre Ziele anzupassen.

Warum der ganze Aufwand? Die Wissenschaft betrachtet eine Konzentration von 450 ppm als Obergrenze, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Mit 70-prozentiger Wahrscheinlichkeit wäre eine solche Erderwärmung beherrschbar, jenseits dieser Grenze aber werden sogenannte Kipp-Systeme ausgelöst, die die Erderwärmung verselbständigen. Beispielsweise sind unter den dauerhaft gefrorenen Permafrostböden Sibiriens oder Nordamerikas Milliarden Kubikmeter Methan „gefangen“ – ein 24-mal

aggressiveres Klimagas als Kohlendioxid. Tauen sie auf, ist es egal, ob der Mensch Klimaschutz betreibt oder nicht: Gegen die Rasanze eines solchen Effekts gäbe es kein Gegenmittel mehr.

Um am Ende des Jahrhunderts den Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen, darf die Konzentration der Treibhausgase also 450 ppm nicht überschreiten. Im Mai 2013 ist dies dennoch passiert. Jährlich kommen derzeit zwei ppm dazu. „Was wir heute sehen, ist zu 100 Prozent von Menschen verursacht“, erklärte damals Pieter Tans von der US-Ozeanografiebehörde NOAA. So hoch wie heute sei die Treibhausgas-Belastung der Atmosphäre zuletzt vor zwei Millionen Jahren gewesen, sagte Tans – und der Meeresspiegel zwischen zehn und 20 Metern höher.

„BEWAHREN WIR UNS VOR DER SELBSTZERSTÖRUNG!“

Interview: DANIEL SEEMANN



Erneuerbare Energien sind wichtig, um unsere Lebensweise vom fossilen Energieverbrauch zu entkoppeln, aber sie reichen nicht aus.

Herr Linz, warum ist der heutige Klimaschutz Ihrer Meinung nach nicht ausreichend?

Die Erderwärmung wird weder unter zwei Grad zu halten noch die Welternährung zu sichern sein, wenn wir nicht bis 2050 den Verbrauch fossiler Energien um mindestens 90 Prozent gekürzt haben. Das ist mit Energieeffizienz allein nicht zu schaffen, auch wegen des „Rebound-Effekts“. Er bedeutet: Was an einer Stelle an Energie eingespart wird, wird nur zu oft an anderer Stelle wieder verbraucht. Auch eine naturverträgliche Produktionsweise ist vielversprechend, aber noch zu wenig fortgeschritten und kann in den entscheidenden Jahrzehnten vor uns nur einen begrenzten Beitrag leisten. Es gibt Pilot- und Leuchtturmprojekte, aber außer bei Sonnen- und Windenergie noch kaum großtechnische Anwendungen.

Woran mangelt es Ihrer Meinung nach?

Es gibt inzwischen viele Initiativen, die sich für eine maßvolle Nutzung von Energie und Rohstoffen einsetzen. Alle diese Impulse sind wichtig als Anreger, Treiber, Mutmacher. Sie sind unersetzbar, aber ihre Reichweite ist begrenzt. Die wichtigen Entscheidungen können in dieser Gesellschaft nur von unten vorbereitet werden: Die ganze Gesellschaft werden sie nur erreichen, wenn sie politisch durchgesetzt werden.

Woran genau denken Sie dabei?

Nur eine Minderheit in unserer Gesellschaft ist freiwillig zu Veränderungen bereit, und auch sie sind in ihrem Ressourcenverbrauch nur teilweise maßvoll. Darum brauchen wir Gesetze und Verordnungen, die ein maßvolles Leben fördern und das Gegenteil durch zusätzliche

Belastungen verhindern. Es werden Abgaben erhöht und Vergünstigungen gestrichen werden müssen.

Welche Folgen hätte das für unsere Wirtschaftsstruktur und das Wachstum?

Wir würden bescheidener essen, wohnen, uns kleiden und uns fortbewegen. Dadurch, dass weniger produziert und verbraucht wird, würde wohl auch das Volumen des Herstellens und des Handels abnehmen. Die heutige Konzentration auf den materiellen Wohlstand wird – so hoffe ich – einem besseren Verständnis von Zeitwohlstand und Beziehungswohlstand Platz machen. Und weil es vermutlich weniger Erwerbsarbeit geben wird, werden wir die Arbeit fair teilen müssen und mehr Zeit haben, Arbeiten für das allgemeine oder das eigene Wohl zu tun.

Wie können möglichst vielen Menschen ermuntert werden, so zu leben?

Es gibt Politik, die in diesem Zusammenhang unmittelbar einleuchtet und viel Zustimmung finden wird, wie etwa progressive Stromtarife oder Häuser der Eigenarbeit. Tiefer eingreifende Politik wie eine ökologische Steuerreform oder das Teilen der Erwerbsarbeit wird Widerstand hervorrufen. Darüber muss konstruktiv gestritten werden. Am Ende stellen sich die allermeisten Menschen ohne größere Widerstände auf das ein, was als notwendig, als unausweichlich erkannt wird. Aber nur unter zwei Voraussetzungen: Was ihnen abgefordert wird, muss überzeugend begründet sein, und es muss alle treffen, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit.

Was wären die Ergebnisse einer solchen Politik?

Wenn sie gelingt, ist sie ein unentbehrlicher Beitrag dazu, die natürlichen Lebensgrundlagen dieser Zivilisation zu erhalten. Es geht mir nicht um eine ideale Gesellschaft, sondern darum, die Gesellschaft, in der wir leben, vor ihrer Selbstzerstörung zu bewahren.

Dr. Manfred Linz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie



Wachsende Kritik am Wachstum

Bei der 4. Internationalen Degrowth-Konferenz im September in Leipzig war das Interesse noch größer als vorhergesagt. Mehr als 3.000 Wachstumskritiker nahmen an dem fünftägigen Kongress teil. Sie stellen nicht nur das derzeitige Wirtschaftssystem in Frage, sondern wollen auch konkrete Alternativen aufbauen. Diskutiert wurde darüber, ob die Degrowth-Bewegung zu theoriearm ist und wie sie mit anderen sozialen und ökologischen Bewegungen zusammenarbeiten kann, auch international. So forderten Teilnehmer, die Perspektiven Lateinamerikas stärker zu berücksichtigen und dortige Alternativen zur zerstörerischen Rohstoffausbeutung mit der Wachstumskritik aus Europa zu verknüpfen.



Durchblick im Konferenzdschungel

Weltklimagipfel in der peruanischen Hauptstadt Lima: Zum 20. Mal tritt Anfang Dezember die Klimadiplomatie zusammen, um die Details für den neuen Weltklimavertrag auszuhandeln. Er soll 2015 in Paris beschlossen werden (siehe Seite 8). Während andere Medien die Klimagipfel oft mit der Einschätzung "da kommt sowieso nichts heraus" qualifizieren, findet das Onlinemagazin *klimaretter.info* die Klimakonferenzen enorm inspirierend und schickt seit Jahren ein halbes Dutzend Mitarbeiter als Berichterstatter. Ergebnis ist die umfassendste und kenntnisreichste Berichterstattung in der deutschen Medienlandschaft – sie soll auch in diesem Jahr auf *klimaretter.info* zu finden sein.



Foto: White House

Debatte über Share Economy

Vom Car-Sharing bis zum Kurzzeit-Mitwohnen offeriert das "Leihen und Teilen" eine nachhaltige, soziale und moderne Alternative zum bisherigen Modell "Kaufen und Besitzen". Allerdings stehen hinter erfolgreichen Sharing-Unternehmen immer häufiger kapitalkräftige Geldgeber wie Goldman Sachs, Google oder Daimler. Befürworter neuer ökonomischer Modelle diskutieren nun darüber, ob die neuen Sharing-Angebote dazu beitragen können, mit Fantasie und Kreativität den Kapitalismus umzubauen, oder ob die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche bis hin zu Freundschaftsdiensten und Nachbarschaftshilfe droht und auch der ökologische Nutzen verfehlt wird – wie eine neue Carsharing-Studie der Agentur Civity nahelegt.



Foto: Humbeldick88 • Wikimedia Commons

Sand wird knapp

Einer der meistgebrauchten Rohstoffe der Erde ist Sand. Sand ist Hauptbestandteil zur Herstellung von Beton, Glaswaren und Fensterscheiben, aber auch von Kreditkarten, Mobiltelefonen, Computern und Zahnpasta. In vielen Ländern verursacht der Sandabbau bereits große Probleme. Nach Untersuchungen der in London lebenden Umweltforscherin Kiran Pereira profitieren davon oft nur wenige Einheimische. Die Bevölkerung leistet an vielen Orten Widerstand, der in Ländern ohne Presse- und Meinungsfreiheit häufig unterdrückt wird. vielerorts sei aufgrund der großen Nachfrage eine "Sandmafia" entstanden. Illegale Sandgewinnung habe bereits Spannungen zwischen Nachbarländern ausgelöst.



Foto: Petr Stefek • Wikipedia

IMPRESSUM

Herausgeber:

Damian Ludwig, Geschäftsführer, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.;
Michael Müller, Vorsitzender, NaturFreunde Deutschlands e.V.
Christel Schroeder, Präsidentin, EuroNatur e.V.;
Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender, Deutsche Umweltstiftung;
Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender, BUND e.V.;

Redaktion:

Nick Reimer (V.i.S.d.P.), *Daniel Seemann*, *Matthias Bauer*

Layout

Alexander Seeberg-Elverfeldt, Entwicklung, *Adrien Tasic*, Gestaltung und Infografik
Dr. Kai Niebert, Fakultät Nachhaltigkeit, Leuphana Universität Lüneburg, Konzeption Infografik

Verlag:

movum erscheint im GutWetter Verlag UG (haftungsbeschränkt)
 Marienstraße 19/20, 10117 Berlin, Tel.: +49-(0)30-24632232, www.gutwetterverlag.de, Geschäftsführer: *Marco Eisenack*

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, NR-Nr.: HRB 118470 B. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste sowie Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Verlages.
 movum erscheint als kostenlose Beilage in Kombination mit dem Wirtschaftsmagazin enorm, www.enorm-magazin.de

movum liegt exklusiv, regelmäßig und kostenlos dem Wirtschaftsmagazin enorm bei, www.enorm-magazin.de.
 Mitglieder der herausgebenden Verbände beziehend das enorm-Abo inkl. movum zum Vorzugspreis von 33,75 Euro statt 45 Euro (6 Ausgaben p.a.).
 Weitere Informationen unter www.movum.info/kombi-abo

Debatten zu
den Themen dieser
Ausgabe unter:
www.Briefe-zur-Transformation.de

Die Verantwortung für den
Inhalt dieser Veröffentlichung liegt
bei den AutorInnen.

